



Genfer Flughafenreinigung

Bald 50 Tage im Streik

Seit dem 8. Juli streiken, tatkräftig vom VPOD unterstützt, die Mitarbeitenden von ISS-Aviation (Flugzeugreinigung) am Genfer Flughafen. Sie wehren sich gegen die Kündigung des Gesamtarbeitsvertrages (GAV) und gegen eine massive Senkung ihrer Löhne.

Ewald Ackermann

ISS will für einzelne Kategorien Lohnsenkungen von fast 25 % (!) durchsetzen. Und das für Löhne, die im teuren Pflaster von Genf ohnehin kaum zum Leben reichen. Ein Beispiel: Eine Reinigungsmitarbeiterin kam nach den Bestimmungen des von ISS gekündigten GAV nach 20 Berufsjahren auf einen Maximallohn von 4847.75 Franken. Neu sollen es nur noch 3550.- sein. Das ist schlicht ein sozialer Hohn und ein Angriff auf die Würde der betroffenen Arbeitnehmenden.

So erstaunt es denn nicht, dass die Streikenden durchhalten. Mittlerweile sind sie bald bei Streiktag Nr. 50 angelangt. Dass noch kein Durchbruch gelungen ist, liegt wohl darin, dass nicht die Mehrheit der Belegschaft streikt. Der Streik behindert zwar die Abläufe bei ISS, aber es gelang nicht, den Betrieb lahmzulegen. Martine*, eine der Streikenden, stellt jedoch klar: „Die meisten der weiter Arbeitenden solidarisieren sich insgeheim mit uns, unterstützen uns, danken uns auch für unseren Einsatz, erklären aber, dass sie selbst nicht in der Lage seien zu streiken.“ Und dass die Arbeitsverweigerung der ISS mehr als bloss ein bisschen Bauchweh verursacht, zeigt sich auch darin, dass diese in einzelnen Zeitungen der Romandie Inserate zu schalten beginnt, in denen mit der Wahrheit mehr als locker umgegangen wird.

Noch ärger wird der Skandal dadurch, dass dieses Lohndumping vom Genfer Staat als der Konzessionsbehörde für Flughafenbetriebe vorangetrieben wird. Die Genfer Flughafengesellschaft AIG, präsiert vom freisinnigen Regierungspräsidenten François Longchamp, müsste auf dem Flughafen eigentlich für korrekte Löhne sorgen. Stattdessen hat sich die Flughafengesellschaft lange gegen die Streikenden gestellt. Inzwischen haben Verhandlungen zwischen dem VPOD als der zuständigen Gewerkschaft und der Regierung stattgefunden. Ob sie gefruchtet haben, wird in diesen Tagen rauskommen.

VPOD und SGB fordern die Genfer Regierung dringend auf, diese destruktive Politik zu beenden. Es kann nicht sein, dass eine Regierung(smehrheit) ihrer eigenen Bevölkerung Armutslöhne verordnen will.

* Name fiktiv, Person der Red. bekannt

25.August 2010

SGB-Newsletter 11/2010